



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Bischofferode: Aufstand der Kalikumpel – Volker Brauns Erzählung auf die Bühne in Rudolstadt gebracht



Dienstag, 12. März 2013 68. Jahrgang/Nr. 60 • Berlinausgabe 1,60 €

STANDPUNKT

## Wenig glaubwürdig

Von Gabriele Oertel

Gestern hat Peer Steinbrück zurückgeschlagen. »Das ist das Programm des Kandidaten und der Partei«, deponierte er nicht zuletzt an seinen ehemaligen Kieler Mitstudenten und heutigen Provokateur vom Dienst, Wolfgang Kubicki. Der hatte den SPD-Kanzlerkandidaten auf dem FDP-Parteitag als »arme Sau« bezeichnet. Ganz abgesehen davon, dass das mit der Armut bei Steinbrück, wie wir wissen, nicht ganz so schlimm ist und auch abstrahiert von der verbalen Entgleisung – die Malaise für den obersten sozialdemokratischen Wahlkämpfer ist offensichtlich. Er, der nicht müde wird, die Agenda 2010 zu verteidigen, mit der die SPD nicht nur Macht und Vertrauen, sondern Hunderttausend Mitglieder verlor, geriert sich jetzt als die ach so soziale Alternative, derweil Ex-Kanzler Gerhard Schröder schon mit einer Agenda 2020 droht. Steinbrück, der als Finanzminister in der Großen Koalition für manch falsche finanzpolitische Weichenstellung bei Krisenbeginn verantwortlich ist, spricht heute von der Bändigung des Finanzkapitalismus, derweil Banker längst wieder ihre Boni in Waschkörben nach Hause tragen.

Bleiben SPD und Kandidat bei den wenig erfolgversprechenden Umfragewerten, wird das jedenfalls nicht zuvorderst dem Hang Steinbrücks zu diversen Fettnäppchen geschuldet sein und auch nicht seinem angeblichen Klare-Kante-Stil. Mann wie Partei haben ein Glaubwürdigkeitsproblem, das auch nicht verschwindet, wenn sie ihr Wahlprogramm zur Herzensangelegenheit erklären.

Unten links

Bekanntermaßen ist die katholische Kirche in **Geschlechterfragen** nicht sonderlich auskunftsfreudig. Das ist schade, denn wer wüsste besser als sie, ob es nun *der* Zölibat heißen muss oder *das*? Aufgeklärt werden sollte ferner, ob es sich wirklich um *das* und nicht vielmehr um *den* oder *die* Konklave handelt, wenn ab heute in *dem* (oder *der*?) römischen Enklave Vatikan die Kardinäle ausknobeln, wer künftig *das* (oder *die* oder *der*?) Sklave Gottes auf Erden sein darf.

Wie es um Gottes eigenes Geschlecht bestellt ist, hat gottlob längst die deutsche Familienministerin klargestellt, nämlich neutral. Heißen muss es *das* Gott. Woran sich die seit Aufkommen der Legende von der Päpstin Johanna diskutierte Frage anschließt, ob Papst wirklich ein maskulines Wort ist und in alle Ewigkeit bleiben soll. Dass Kristina Schröder ins Papst-Amt gewählt wird, ist leider ziemlich unwahrscheinlich: Sie ist nicht katholisch. Käme es trotzdem so, könnte die »Bild«-Zeitung titeln: »Wir sind das Papst«. mha

www.neues-deutschland.de twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



## SPD wieder auf Agenda-Kurs

Steinbrück will mit Schröder-Sprüchen und Anti-Schröder-Programm punkten



»Arm trotz Arbeit« – diese Protestlosung hat ihren Ursprung im Kampf gegen die Auswirkungen der Agenda 2010. Das vor zehn Jahren von Rot-Grün beschlossene Sozialkürzungsprogramm war Ausgangspunkt erheblicher gesellschaftlicher Verwerfungen. Ungeachtet dessen beruft sich die SPD nun, zu Beginn des Bundestagswahlkampfes 2013, ganz unverkrampft auf Agenda-Erfinder Gerhard Schröder, fordert aber im Entwurf ihres Wahlprogramms faktisch die Korrektur vieler fataler Agenda-Folgen. Im Hinterkopf immer: die Hoffnung auf die Vergesslichkeit der Wähler. Selbst die Rhetorik ähnelt sich. »Wir wollen nicht alles anders, aber vieles besser machen«, versprach Schröder einst. Jetzt heißt es im SPD-Wahlprogramm: »Wir werden Deutschland besser und gerechter regieren.« Wie das zusammenpassen soll – die Agenda 2010 und ihren Initiator feiern, in der Nachfolge eine Agenda 2020 fordern und eine sozialere Politik versprechen –, das müssten die Sozialdemokraten in den nächsten Monaten mal erklären. Seite 3

Protest vorm Kanzleramt Foto: epd/Stefan Boness

## Orbán schleift Gewaltenteilung

Breites Bündnis gegen radikal autoritäre Verfassungsänderung in Ungarn

Von Silviu Mihai, Budapest

Während Ungarns Präsident János Áder am Montag in Berlin zum Staatsbesuch eintraf, beschloss das Parlament in Budapest am Abend eine weitgehende Änderung der ungarischen Verfassung, die heftigen Protest auslöst.

»Es ist jetzt genug, wir werden das nicht mehr hinnehmen. Wir werden jeden Tag auf die Straßen gehen, bis jemand Viktor Orbán stoppt«, verspricht Ádám Paulovics. Der 21-jährige Student geht in jüngster Zeit tatsächlich fast täglich demonstrieren. Gegen die Verfassungsänderung, die am Montag im Parlament zur Abstimmung stand, hat sich ein selten breiter gesellschaftlicher Widerstand formiert – Studenten, Obdachlose, Gewerkschafter, Schwule und Lesben, Lehrer, Men-

schenrechtsaktivisten, Medien-schaffende, Rentner und Budapest Hipster demonstrieren gemeinsam.

Ungeachtet der Proteste stimmten am Montag Abend 265 Abgeordnete der Mitte-Rechts-Koalition für die Verfassungsänderungen, was für die nötige Zweidrittelmehrheit reichte. 11 Abgeordnete stimmten dagegen, 33 weitere enthielten sich der Stimme. Die Vertreter der oppositionellen Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) boykottierten das Votum.

Der neue Gesetzestext stellt bereits die vierte Änderung der Verfassung dar, die erst Anfang 2012 in Kraft trat. Und er macht fast alle Kompromisse, die Orbán auf Druck der EU oder des Verfassungsgerichts eingehen musste, mit einem Schlag rückgängig.

Die Kriminalisierung der Obdachlosigkeit, die Einschränkung der Wahlwerbung und die Verwaltungswillkür in Sachen Religionsfreiheit, die das Verfassungsgericht für grundgesetzwidrig erklärt hatte, werden wieder möglich – indem die Parlamentsmehrheit sie einfach in die Verfassung schreibt. Der Text schränkt die Autonomie der Universitäten ein und droht Studenten, die nach dem Abschluss im Ausland arbeiten wollen, hohe rückwirkende Studiengebühren an. Selbst das Verfassungsgericht bekommt Orbáns Rache für das Mäkeln an seinen Gesetzen zu spüren: Die Richter müssen ihre einschlägigen Beschlüsse revidieren und dürfen mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Verfassungsänderungen künftig nicht einmal mehr prüfen. Angesichts dieser Angriffe

auf die Rechtsstaatlichkeit radikalisiert sich der Protest der demokratischen Opposition. Die Zentrale der Orbán-Partei Fidesz in Budapest wurde am vergangenen Donnerstag mehrere Stunden lang von Protestlern besetzt. Am Sonnabend versammelten sich rund 6000 Demonstranten zur Kundgebung in der Alkotmány utca (Verfassungsstraße) und zogen durch die Stadt zum Sitz des Verfassungsgerichts.

Ihre einzige realistische Chance sieht Ungarns Zivilgesellschaft allerdings in einem Machtwort aus Brüssel. Die EU könnte auf die faktische Abschaffung der Gewaltenteilung mit außerordentlichen Maßnahmen reagieren. »Wir hoffen auf Europas Hilfe. Bis dahin bleibt uns nur der permanente Protest«, sagt Ádám Paulovics. Kommentar Seite 4

## Thüringen mitverantwortlich für NSU-Terror

Untersuchungsausschuss übergab Zwischenbericht

Berlin (nd-Heilig). Nach 31 Ausschusssitzungen und 55 Zeugenvernehmungen hat der NSU-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtages am Montag in Erfurt einen Zwischenbericht an Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) übergeben. Der Freistaat trage »ungeteilte Verantwortung« für das Entstehen des NSU, betonte die Ausschussvorsitzende, Dorothea Marx (SPD). Nachforschungen des Gremiums haben ergeben, dass sowohl die Thüringer Politik als auch die Sicherheitsbehörden des Landes in den 1990er Jahren mit dem Erstarren der rechten Szene viel zu nachlässig umgegangen sind.

Der Untersuchungsausschuss hatte den Zwischenbericht in der vergangenen Woche mit sechs Ja-Stimmen verabschiedet. Ein CDU-Abgeordneter und die beiden Ausschussmitglieder der Linksfraktion, Martina Renner und Katharina König, enthielten sich bei der Stimme. Dennoch trägt die LINKE den Bericht in weiten Teilen mit. Renner betonte jedoch, man könne nicht von Pannen beim Verfassungsschutz sprechen – das Versagen habe Ursachen im System. Sie warf dem Geheimdienst kriminelles Agieren, moralloses Handeln und Beweismittel-Vernichtung vor.

Marx hob andere zentrale Erkenntnisse hervor. Beispielsweise habe der Thüringer Verfassungsschutz unzulässig gehandelt, als er den Chef des Thüringer Heimatschutzes, die NPD-Führungsfigur Tino Brandt zum V-Mann machte. Das komme einer mittelbaren Unterstützung des rechtsradikalen Milieus gleich. Zudem sei offenkundig, dass der Geheimdienst V-Leute vor Strafverfolgung geschützt habe.

In Brandenburg werden indessen Mordfälle neu aufgerollt, bei denen zwar ein rechtsextremistischer Hintergrund vermutet wird, die aber nicht als solche registriert sind. Laut Polizeistatistik starben seit 1990 in dem Bundesland neun Menschen durch rechtsextreme Gewalt. Opferverbände gehen dagegen von mehr als 30 Todesopfern aus. Seite 5

KURZ

### Schweigeminute in Japan

Tokio (dpa). Japan hat am Montag mit einer Gedenkminute der Opfer der Erdbeben-, Tsunami- und Atomkatastrophe von vor zwei Jahren gedacht. Um 14.46 Uhr Ortszeit, dem Zeitpunkt, als am 11. März 2011 ein Erdbeben Japan heimsuchte, legten die Menschen eine Schweigeminute ein. Seite 8

### Feuergefecht bei Kabul

Kabul (dpa). Bei einem Gefecht auf einer Militärbasis sind am Montag in der an Kabul angrenzenden Provinz Wardak mindestens drei afghanische Sicherheitskräfte und zwei US-Soldaten getötet worden. Ein US-Militärsprecher in Kabul sagte, ein Afghane in Uniform habe das Feuer auf die Soldaten eröffnet. Der Angreifer sei getötet worden.

### Im Gefängnis erhängt

Delhi (dpa). Drei Monate nach der mörderischen Gruppenvergewaltigung in Indien ist der mutmaßliche Haupttäter tot in seiner Gefängniszelle aufgefunden worden. Ram Singh habe sich am Montagmorgen mit einer Bettdecke im Hochsicherheitsgefängnis Tihar erhängt. Der 35-Jährige war mit drei weiteren Insassen untergebracht gewesen.

### »Dame in Weiß« in Europa

Havanna (AFP). Die Chefin der kubanischen Oppositionsorganisation »Damen in Weiß«, Berta Soler, verlässt erstmals Kuba. Sie wolle am Montag nach Spanien reisen, sagte Soler am Sonntag, und dann Polen und weitere Länder besuchen.